

lingschen Gewissensverständnisses in der evangelischen Ethik (vor allem in der Auseinandersetzung mit Wolfhart Pannenberg) widmet und mit der katholischen Moralthologie auseinandersetzt, wo Differenzen in der Gnadenlehre und Satisfaktionslehre als ökumenische Stolpersteine ausdrücklich angefragt werden müssen und ökumenischer Klärungsbedarf besteht.

Die Arbeit legt Konsequenzen für einen verantwortlichen ökumenischen Anmarschweg zu den verschiedenen Problemen frei, die in der materialen Sozialethik ja behandelt sind. Dabei geht es nicht um eine Harmonisierung oder Vereinheitlichung, sondern um die mögliche Komplementarität von Spannungen in der Gewissensethik, die schon in vorreformatorischer Zeit vorhanden waren und in der Reformation in ihrer Tiefe aufgebrochen sind. Dies aufgezeigt zu haben, ist ein Verdienst Gerhard Ebelings. Schlögel bringt es nun durch seinen Beitrag in die ökumenische Diskussion ein.

Georg Schütz

KIRCHEN IN ZERREISSPROBEN

Martin Greschat/Jochen-Christoph Kaiser (Hg.), Christentum und Demokratie im 20. Jahrhundert. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln 1992. 223 Seiten. Kt. DM 46,—.

Die Herausgeber möchten dazu beitragen, daß sich die „kirchliche Zeitgeschichtsschreibung“ als „Disziplin mit eigenem Anspruch und Gewicht entwickelt“. Neuere Geschichte ist ohne Berücksichtigung der „christentums-geschichtlichen und religiösen Dimensionen“ (VII) nicht zu verstehen.

Hauptanliegen ist freilich, spezifische Ausformungen und Wandlungen im

„Beziehungsgefüge zwischen Christentum und Gesellschaft“ im jeweils nationalen Kontext darzustellen. Dabei werden der Situation in Deutschland vier Beiträge gewidmet. Im übrigen geht der Blick zurück in die Geschichte der ökumenischen Bewegung, nach Frankreich, Spanien, den Niederlanden, England, den USA und Ungarn. Das Hauptinteresse der Herausgeber war nicht, einen repräsentativen Überblick über die Demokratiebewegung in Europa zu vermitteln, sondern an ausgewählten Beispielen unterschiedliche Demokratiegeschichten, die dann auch unterschiedliche Verständnisse von Demokratie prägten, vorzustellen. In diesem Zusammenhang gehört Amerika (Hartmut Lehmann) einerseits in den Traditionszusammenhang Europas – andererseits hat es mit seinen Verfassungsergänzungen von 1789 einen eigenen Weg eingeschlagen. Die damals ergangene Regelung der strikten Religionsfreiheit gewann im Lauf der Zeit die Funktion eines fundamentalen Grundrechts, das bis in die Gegenwart als entscheidende Stütze „auch für die Grundrechte im politischen Bereich“ (155) angesehen wird. Dabei stützt gerade das multikonfessionelle System, zu dem sich prinzipiell alle Kirchen bekennen, das Verständnis für den multikulturellen Charakter der amerikanischen Gesellschaft und fördert die Demokratie von der Basis her. „Innerhalb der einzelnen Kommunen sind die Kirchen beziehungsweise kirchlich gebundene Initiativgruppen die aktivsten sozialen und politischen Kräfte“ (157).

Der krasseste Gegensatz wird anschaulich im Beitrag über „Demokratie und Protestantismus in Ungarn von 1945 bis 1948“ (Gyula Cseri). Der Verfasser zeigt die Demokratie als „ein Zwischenspiel zwischen zwei Diktaturen“ (161). Dies

Zwischenspiel wird entfaltet als exemplarische Phase für die Länder in Osteuropa: als Aufbruch in wirkliche Demokratie, die dann unter dem Druck der sowjetischen Politik Schritt für Schritt abgewürgt und in eine monolithische Einheit, die Volksdemokratie umgewandelt wurde. Es ist beeindruckend, wie intensiv sich die Kirchen und einzelne Christen am Aufbau der Demokratie beteiligt haben, aber auch, welche unterschiedlichen Vorstellungen und Interessen sich damals ausformten. Cseri analysiert die Ursachen des Zusammenbruchs, der zwar von außen bewirkt, aber auch von innen gefördert worden ist, vor allem die Unklarheit über „Wesen und Funktion des demokratischen Staates“ (173). Die Kirchen hatten sich damals am gesamtgesellschaftlichen Diskurs über die drängenden Fragen der Schuld, der Wirtschaft, der Bildung und der Außenpolitik mit ganzem Einsatz, d.h. auch mit ihrer Theologie beteiligt. Von Péter Veres wird ein Satz von 1947 überliefert: „Es gibt keine nationale Erneuerung ohne den Protestantismus.“ (182). An diese Geschichte des „Zwischenspiels“ knüpfen heute weite Teile der ungarischen Gesellschaft und eben auch die Kirchen an.

Frankreich (Jean-Marie Mayeur) wird unter dem Blickwinkel betrachtet, wie sich in zweihundert Jahren die katholische Kirche sehr mühsam auf eine gesellschaftliche Wirklichkeit einzustellen suchte, die durch die „jakobinische Demokratie“ (46) geprägt war. Demokratie erschien als untrennbar mit Säkularisation verbunden. Gerade dieser lange innergesellschaftliche Streit um die Demokratie schuf auch einen Reichtum an Erfahrungen und Einsichten zur Frage, was Werte, Ziele und Grenzen der Demokratie sind. Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entspannte sich

das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der laizistischen Demokratie, vor allem weil die Erkenntnis reifte, daß die Demokratie selber ethische Fundierung und geistige Wertorientierung braucht, die sie sich nicht selbst geben kann.

Für Deutschland arbeitet Kurt Nowak den Beitrag des Protestantismus für die Entwicklung der Demokratie heraus, wobei er einerseits deutlich macht, daß die „Beiträge von protestantischer Theologie und Kirche . . . bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts . . . ganz gewiß nicht auf die Demokratie zuge laufen“ (2) sind. Um so wichtiger ist dann andererseits, was er unter dem Stichwort „Herrschaftsbegrenzung“ als indirekte Beiträge „des protestantischen Ringens zur Einhegung von politischer Herrschaft“ (2) herausarbeitet. In einem besonderen Beitrag skizziert Nowak Aspekte und Stationen des Protestantismus in Ostdeutschland. Er stellt Demokratieimpulse, aber auch Demokratiedefizite der „Kirche im Sozialismus“ dar.

Lucian Hölscher fragt vor allem nach der Entwicklung der innerkirchlichen Demokratie und zwar im engen Zusammenhang mit der „Frömmigkeitsstruktur im deutschen Protestantismus“ (187). Ein Ergebnis: Die innerkirchliche Demokratieentwicklung der letzten zweihundert Jahre hat im Prozeß der Ausdifferenzierung des religiösen Spektrums im deutschen Protestantismus den Kontakt zur Mehrheit der Kirchenmitglieder verloren und bleibt beschränkt auf eine innerkirchliche „Elite“-Minderheit.

Der Beitrag von Wilfried Loth blickt auf den Katholizismus in Deutschland und seine bis 1945 widersprüchliche Haltung zur Demokratie: einerseits defensiv gegen die Entwicklung zur Moderne eingestellt, benutzte man

andererseits die Mittel des demokratischen Staates für eigene Interessen.

Insgesamt machen die Beiträge bewußt, wie jung und gefährdet weithin noch die real existierenden Demokratien sind. Zum anderen zeigen sie, daß dem Christentum im gesellschaftlichen Streit um das Wesen und das Gelingen von Demokratie eine neue Verantwortung zuwächst. Sie ökumenisch wahr- und theologisch ernstzunehmen – dazu sind die Beiträge ein wichtiger Anstoß.

Lutz Motikat

Gerhard Besier, Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung. C. Bertelsmann Verlag, München 1993. 928 Seiten. Geb. DM 58,—.

Der Wert dieser Veröffentlichung besteht ohne Zweifel in der Gründlichkeit und Ausführlichkeit, mit der das Thema, um das es geht, behandelt wird. Das schließt nicht aus, daß manche Abschnitte (z.B. über den DDR-Pfarrerbund, die CFK oder „die kaderpolitische Entwicklung an den theologischen Fakultäten“) Straffungen durchaus vertragen hätten.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, hätte Besier gut daran getan, bereits im Titel deutlich zu machen, daß er mit Kirche ziemlich ausschließlich evangelische Kirche meint. Über ihren Weg im anderen deutschen Staat hat er, unterstützt von fleißigen Mitarbeitern, immens viel zusammengetragen – und gegen sie zusammengefügt.

Der Autor ordnet sein Material chronologisch (1945 bis 1969). Das hat für ihn sicher den Vorzug gehabt, daß er es leichter sortieren konnte. Der Leser muß dafür manche Unbequemlichkeit in Kauf nehmen. Er findet systematisch oder personell Zusammengehöriges gelegentlich an weit auseinanderliegenden Orten. So wird beispielsweise das „Kir-

chengeschäft A“ S. 240ff, das „Kirchengeschäft B“ hingegen ab S. 537 dargestellt.

Die drei Kapitel des Buches sind unterschiedlich lang und von durchaus verschiedener Qualität. Je näher der Verfasser der Gegenwart kommt, desto ausführlicher wird er. So handelt er den Zeitraum „von der Staatsgründung bis zum ersten Gespräch zwischen Staat und Kirche im Juni 1953“ auf gut 130 Seiten ab, während er für den Teil „vom Mauerbau bis zur Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ 300 Seiten benötigt.

Schon der Untertitel macht hinreichend und frühzeitig klar, daß hier einer schreibt, der seinen Gegenstand durch eine ganz bestimmte Brille betrachtet. Allerdings nehmen die Schärfe der Augengläser und die damit verursachte schiefe Optik in dem Maße zu, in dem die Gründung des Kirchenbundes heranrückt, Gestalt gewinnt und schließlich Ereignis wird. Sie ist für Besier beides, Schlußpunkt und Neuanfang einer Entwicklung in die falsche Richtung, eben in die Anpassung: „Das, wogegen sich die evangelische Kirche so lange gewehrt hatte, die Bildung einer ‚Staatskirche‘ neuen Typs, war – in freilich eigentümlicher Ausprägung – Wirklichkeit geworden. Fortan gab es auf Bundesebene kaum noch eine wichtige Sach- oder Personalentscheidung, die nicht zuvor mit SED-Staatsfunktionären ‚beraten‘ worden wäre“ (S. 18). Letztlich ist das eine, wenn auch freundlicher formulierte Neuauflage des vom Autor 1991 erhobenen „Kumpaneï“-Vorwurfs.

Gelegentlich schreckt er bei seinen Bemühungen um Tendenz auch nicht vor bösen und beabsichtigten Ausrutschern zurück. So weiß er natürlich, daß an der Spitze des Sekretariats des Kirchenbundes ein „Leiter“ (vgl. S. 715)